

# FDP fordert Fesseln für Staatsbetriebe

**WETTBEWERB** Staatlich dominierte Betriebe bedrängen zunehmend private Unternehmen. Das müsse aufhören, fordert der Luzerner Nationalrat Peter Schilliger.

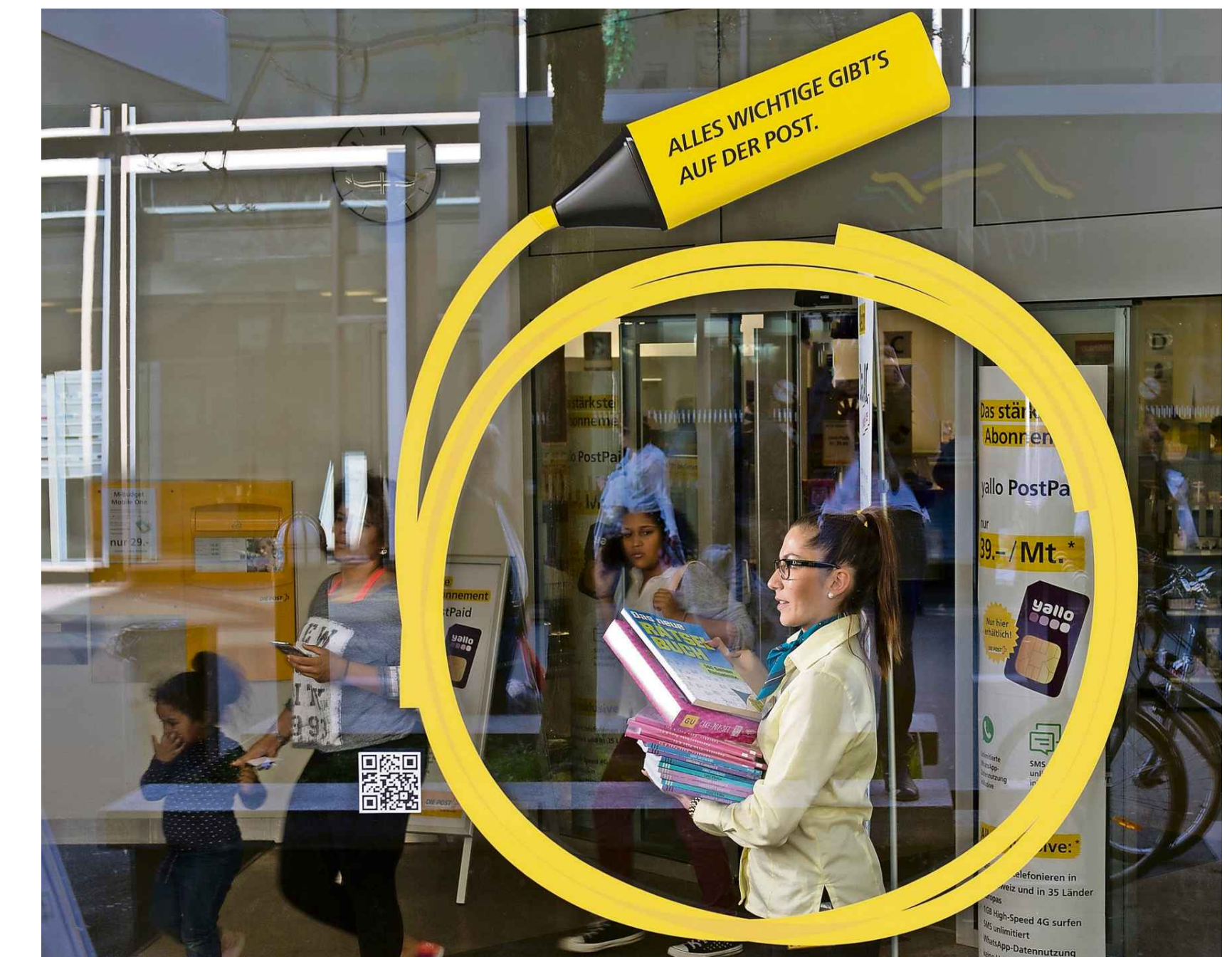
SERMİN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

Morgen Montag diskutiert der Nationalrat über die Initiative «Pro Service public». Wie schon im Ständerat dürfte das Volksbegehren, welches fordert, dass bundesnahe Unternehmen wie Post, SBB und Swisscom nicht nach Gewinn streben sollen, in der Grossen Kammer abgelehnt werden. Dennoch wird die Vorlage eine willkommene Gelegenheit bieten, über Sinn und Zweck des Service public zu streiten. Gerade das bürgerliche Lager ortet Diskussionsbedarf. Beispiel ist die SVP-dominierte Aktion Medienfreiheit, welche die SRG in die Schranken weisen will. Der kürzlich eingefädelt Werbedeal des Staatsfernsehens mit der Swisscom und dem Ringier-Verlag ist denn auch Thema zahlreicher kritischer Fragen, die sich Bundesrätin Doris Leuthard am Montag anhören muss. Der Vorwurf lautet, dass der Bund so in private Märkte eindringt.

## Kritik an Post und SBB

Der SRG-Deal ist nicht das einzige Beispiel dafür, dass staatsnahe oder staatlich beherrschte Unternehmen zunehmend in die Privatwirtschaft drängen. Der Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger ortet eine regelrechte «schleichende Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Staatsunternehmen hinter dem Rücken der Politik». Tatsächlich sind die SBB längst nicht mehr nur das bedeutendste Verkehrsunternehmen der Schweiz, sondern auch eine der grössten Immobilienfirmen. Kritik muss zudem die Post einstecken, weil sie neben den klassischen Dienstleistungen auch Produkte verkauft, die ebenso in Papeterien, Kiosken und Buchläden erhältlich sind.

Solche Geschäftsausweitungen über den Leistungsauftrag hinaus sind umstritten, denn die Schweizer Wirtschaftsordnung fusst gemäss Verfassung auf der Privatwirtschaft. «Wird der Staat selbst wirtschaftlich tätig, muss er dies rechtfertigen», erklärt Peter Hettich, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität St. Gallen. Dieses Prinzip wird immer mehr geritzt – und zwar nicht nur auf Bundesebene. So haben die mehrheitlich in Kantonsbesitz befindlichen Stromkonzerne Alpiq und BKW in den letzten Monaten zahlreiche Gebäudetechnikunternehmen aufgekauft. Sie forcieren damit ihren Umbau vom Stromversorger zum Energiedienstleis-



Am Postschalter kann man längst nicht mehr nur Briefmarken kaufen, sondern auch Bücher, Handys oder Schreibwaren.

Bild Eveline Beerkircher

ter, kommen aber gleichzeitig zahlreichen KMU in die Quere, die diesen Bereich traditionell dominieren. Kein Wunder, hat man dort wenig Freude am Expansionsdrang der kantons-eigenen Konzerne. «Ich habe nichts gegen mehr Wettbewerb», sagt Schilliger, selbst Eigentümer einer Gebäudetechnik-Firma. «Doch die staatlich beherrschten Unternehmen kämpfen mit längeren Spiessen», sagt er. «Sie verfügen über stabile Einkünfte durch Gebühren, haben eine Quasi-Staatsgarantie und kommen zu weit günstigeren Konditionen an Risikokapital», nennt er einige Privilegien der staatlichen Konkurrenz. «Dank dieser Vorteile können sie Dum-

pingpreise anbieten, die der Markt eigentlich gar nicht hergibt», so Schilliger.

## Zweck enger fassen

Für Schilliger ist klar: In funktionierenden Märkten hat der Staat nichts zu suchen. Er wird in der kommenden Woche daher einen Vorstoss einreichen, um den Weg für gesetzliche Anpassungen zu ebnen. Schilliger sieht zwei mögliche Pisten: Zum einen könne man den Zweck der Staatsunternehmen enger fassen und so dafür sorgen, dass diese die Privatwirtschaft nicht konkurrenzieren. Oder aber man müsse dafür sorgen, dass jener Teil des Unterneh-

mens, der einen hoheitlichen Leistungsauftrag erfüllt, vom privatwirtschaftlich agierenden Teil organisatorisch abgekoppelt wird. «So werden auch Quersubventionierungen verhindert», ist er überzeugt.

## Bundesrat in der Pflicht

Nach Ansicht von Experte Hettich lassen sich Quersubventionierungen – also Geld und andere Vorteile, die aus dem Monopolbereich stammen, aber der privatwirtschaftlichen Tätigkeit zugutekommen – nur extrem schwer kontrollieren. «Gesetzliche Anpassungen halte ich daher nicht für sinnvoll», sagt er. «Meiner Meinung nach kann man

dem Problem am ehesten beikommen, indem Bundesrat und Kantonsregierungen die strategischen Ziele der Unternehmen so formulieren, dass diese der Privatwirtschaft nicht übermässig ins Gehege kommen», nimmt er die Eigentümer der Staatsbetriebe in die Pflicht.

Mit diesem Ansatz soll auch der Ärger um die «Kiosk»-Post gelöst werden: Die nationalrätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen will den Bundesrat verpflichten, die strategischen Ziele der Post so zu formulieren, dass diese künftig nur noch ein «massvolles Angebot an Drittprodukten» verkauft. Morgen entscheidet der Nationalrat darüber.

## Regierung tritt komplett zurück

**ÄGYPTEN** sda. Nach der Festnahme des Landwirtschaftsministers wegen Korruptionsvorwürfen ist in Ägypten am Samstag die komplette Regierung zurückgetreten. Ministerpräsident Ibrahim Mahlab habe bei Präsident Abdel Fattah al-Sisi den Rücktritt des Kabinetts eingereicht. Sisi habe akzeptiert, teilte das Büro des Staatschefs mit. Der Präsident forderte die Ministerrunde jedoch auf, ihre Aufgaben bis zur Bildung einer neuen Regierung weiterzuführen. Zugleich wurde der frühere Ölminister Scharif Ismail mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

## Schmiergeld-Zahlungen

In Ägypten hält Präsident Sisi die Fäden fest in der Hand. Er hatte in der vergangenen Woche auch den Rücktritt von Agrarminister Sala Helal angeordnet, wenige Tage später wurde dieser festgenommen. In seinem Ministerium soll Schmiergeld von Unternehmen angenommen worden sein, die Land verkaufen wollten, das dem Staat gehörte.

## «Der Waffenstillstand ist keine Entwarnung»

**UKRAINE** Bei einem Treffen der Aussenminister hat Frank-Walter Steinmeier gestern zu einer Umsetzung des Friedensabkommens aufgerufen.

sda. Die Aussenminister aus Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine sind gestern in Berlin zu neuen Beratungen über eine dauerhafte Befriedung der Ostukraine zusammengekommen. Die Lage in der zwischen der ukrainischen Armee und prorussischen Separatisten umkämpften Region bleibe weiterhin «sehr fragil», sagte Deutschlands Aussenminister Frank-Walter Steinmeier gestern Abend. «Zwei Wochen Waffenstillstand sind noch kein Anlass zur Entwarnung.» Jetzt müsse versucht werden, bei der Umsetzung des Minsker Abkommens von Mitte

Februar weiter voranzukommen. Der Waffenstillstand wird erst seit Anfang September weitgehend eingehalten.

## Gipfel im Oktober

Bei einem Gipfel Mitte Februar in Minsk hatte man sich auf einen umfangreichen Friedensplan geeinigt, der bislang jedoch nur in wenigen Punkten umgesetzt wurde. Steinmeier forderte bei dem Treffen weiter einen besseren Zugang für die OSZE-Beobachter im Konfliktgebiet.

Kurz vor der Begegnung in Berlin hatte der ukrainische Regierungschef Arseni Jazenjuk seine Hoffnung auf westliche Waffenlieferungen bekräftigt. Es gehe um reine Defensivwaffen. «Der Konflikt lässt sich nicht militärisch lösen, aber jede Lösung ist unmöglich ohne eine starke Armee», sagte Jazenjuk in Kiew. Die deutsche Regierung und weitere Staaten lehnen Waffenlieferungen in die krisengeschüttelte Ex-Sowjetrepublik ab.

## Australische Luftwaffe fliegt Einsatz in Syrien

**SYDNEY** Australien hat vor drei Tagen entschieden, sich der Allianz gegen den IS anzuschliessen. Waffen kamen bisher nicht zum Einsatz.

sda. Am ersten Einsatz der australischen Luftwaffe in der Nacht zum Samstag waren zwei Kampfflugzeuge des Typs F/A-18 Hornet, ein Tankflugzeug sowie ein Radarflugzeug Boeing 737 AEW&C beteiligt. Wie das Verteidigungsministerium mitteilte, sind dabei aber keine Waffen eingesetzt worden.

Der australische Premierminister Tony Abbott sagte seiner Partei, dass das Land nun «aus einer Position der Stärke» auf die Bedrohung durch den IS reagiere. «Unsere Flugzeuge zielen nun auf Terroristenstellungen innerhalb Syriens sowie im Irak.»

Laut dem Generalleutnant der Luftwaffe Stu Bellingham spähnten die Hornets feindliche Aktivitäten im Osten Syriens aus. «Daesh (der IS) beherrscht eine weite Region im Osten Syriens, die zur Rekrutierung dient und Einnahmen aus der Ölproduktion liefert. Ausserdem wird sie als Basis für Angriffe im Irak genutzt», sagte Bellingham.

## Regierung billigt Angriffe nicht

Bislang gehören der Allianz gegen den IS in Syrien die USA, Kanada, Jordanien, Bahrain, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate an. Es werde erwartet, dass sich auch Frankreich und Grossbritannien an Angriffen in Syrien beteiligen, hiess es.

Anders als im Irak, wo Bagdad die Luftangriffe auf den IS unterstützt, werden die Angriffe in Syrien nicht von der Regierung gebilligt. Das ist jedoch eine völkerrechtliche Voraussetzung, sofern kein Beschluss des UNO-Sicherheitsrates vorliegt.